Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schulteis, Kamen

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 4.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 92 — Mittwoch, den 21. April 1920 — 48. Jahrgang

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 20. April.)

Auf der Tagesordnung stehen Anfragen. Auf eine solche des Abg. Dr. Mumm (D.-Natl.) wegen der Heimkehrer aus Ostsibirien wird regierungsseitig geantwortet, daß ungewöhnliche Schwierigkeiten und politische Wirren in Sibirien die Bemühungen der Regierung bisher durchkreuzt haben. In den nächsten Tagen werde wieder ein Transport Sibirien verlassen. Keine Kosten und Mühen würden bei der Heimschaffung gescheut.

Auf Anfrage von Gräfe (D.-Natl.) wegen Erschießung des Grafen Calmein wird regierungsseitig geantwortet, daß deutscherseits bei der Beerdigung der Patrouille überhaupt nicht geschossen worden sei. Bestrafung der französischen Schuldigen sei durch eine Note gefordert worden. — Auf Anfrage Erkelenz (D.) wegen Brotversorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird geantwortet, daß neuerdings die Wochenration wieder die alte Höhe erreicht habe.

Es folgt die Interpellation betreffend die Kreise Eupen und Malmedy, gestellt von allen Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen.

Abg. Dr. Meerfeld (Ztr.) begründet die Interpellation. Die Alliierten machten die feierlich versprochene Abstimmung zu einer Farce, die von einer unerhörten Willkür in Szene gesetzt wird. Die Bahn im Kreise Monschau wird von Belgien beansprucht, womit starke rheinische Gebietsteile verloren gehen würden und womit zugleich die Wasserversorgung des Kreises Aachen gefährdet würde. Gegen diesen Rechts- und Vertragsbruch der belgischen Behörden muß die Nationalversammlung und die Regierung einschreiten. Eupen hat nur 70 wallonische Einwohner, Malmedy ist vielleicht zwei Drittel deutsch. Auch der größte Teil der Wallonen will gar nicht belgisch werden. Wir rufen das Gewissen der Menschheit gegen diese Vergewaltigung auf. Von dem Kreise Monschau, in dem nur eine einzige wallonische Familie lebt, ist im Friedensvertrage überhaupt nicht die Rede. Von der Regierung erwarten wir scharfe Maßnahmen. (Lebhafter Beifall.)

Reichsminister Dr. Köster: In den Kreisen Eupen und Malmedy ist die Lage äußerst ernst, die Erregung greift auf die benachbarten Gebiete über. Beide Kreise sind deutsch und wirtschaftlich aufs engste mit Deutschland verbunden. Das deutsche Sprachgebiet erstreckt sich über die Kreise bis nach Belgien hinein. Die Wallonen Malmedys marschieren in der Treue zu Deutschland an der Spitze. Die Belgier wollen die Kreise zu einem belgischen Elsaß-Lothringen stempeln. Die Abstimmung kann kaum als eine solche bezeichnet werden. Die belgischen Behörden haben nicht einmal den Schein gewahrt. Der belgische Kommissar hat gedroht, den ersten, der komme, die Treppe hinunter zu werfen. Er hat gedroht, die Leute einzusperren. Den für Deutschland Stimmenden werden die Lebensmittelkarten entzogen. Die deutsche Regierung hat scharfen Protest erhoben. Die Alliierten haben geantwortet unter Ueberweisung unserer Beschwerden, der Völkerbund werde die Abstimmung überwachen. Eine neue deutsche Note vom Dezember blieb ohne Antwort, eine weitere vom 3. April bezeichnete das belgische Verhalten als Bruch des Friedensvertrages und fordert die Kontrolle der belgischen Behörden durch den Völkerbund. Weitere Maßnahmen befinden sich in Vorbereitung. Bezüglich des Kreises Monschau hat die Kommission ihre Befugnisse willkürlich überschritten. Wir betrachten diese Verletzungen des Vertrages als rechtsungültig und sind bereit, diese Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten. — Präsident Fehrenbach: Ich stelle fest, daß das Haus einmütig hinter der Begründung und der Beantwortung der Interpellation steht. (Zuruf bei den Unabhängigen: Hinter der Beantwortung nicht!) Aber der größte Teil des Hauses. Ich weiß nicht, ob es nötig war, dies zum Ausdruck zu bringen. Wir sprechen den Brüdern in der Westmark unsere wärmste Sympathie aus. (Beifall.)

Das Gesetz über Befriedung der Gebäude des Reichstages und der Landtage wird in erster und zweiter Lesung erledigt und das Gesetz betr. Verlängerung von Patent- u. Gebrauchsmustern angenommen.

Erste Beratung eines Gesetzes betr. Telegraphen- und Fernsprechgebühren in Verbindung mit dem Gesetzentwurf betr. die Postgebühren und das bayerische und württembergische Postregal. Reichspostminister Giesberts: Das Defizit ist auf 13¼ Millionen gestiegen; für 1920 ist ein Fehlbetrag von 330 Millionen veranschlagt. Inzwischen haben die Forderungen der Eisenbahner ihre Rückwirkung auf die Reichspostverwaltung geübt. Werden diese Forderungen bewilligt, so wird das Defizit auf 1450 Millionen steigen. Sparsamkeit und Sozialpolitik widersprechen sich manchmal. Sehr umstritten wird die Abgabe von 1000 Mark seitens der Fernsprechabonnenten an die Postverwaltung. Die Uebernahme der bayerischen und württembergischen Posten ist ohne große Schwierigkeiten bewerkstelligt worden.

Die Gesetze werden an die Ausschüsse überwiesen.

Preuß. Landesversammlung.

(Sitzung vom 20. April.)

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 2 Uhr mit der Mitteilung, daß die oberschlesischen Abgeordneten von dem internationalen Ausschuß behindert wurden, an den Verhandlungen teilzunehmen. (Hört, hört!) Gegen diese Vergewaltigung, die dem Friedensvertrag widerspricht, muß Verwahrung eingelegt werden. Die Regierung muß gegen dieses allem Recht Hohn sprechende Verhalten entschieden Protest einlegen. (Beifall.) In Eupen, Malmedy und Monschau wurden die Bewohner von der belgischen Regierung systematisch gehindert an dem von ihnen nach dem Friedensvertrage auszuübenden Recht, durch ihre Willenskundgebung die Zugehörigkeit des Gebiets zum Deutschen Reiche ganz oder teilweise aufrecht zu erhalten. Aus diesem Anlaß ist ein Proteststreik ausgebrochen. Die Landesversammlung spricht der Bevölkerung ihre Sympathie aus. Was deutsch ist, muß deutsch bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Beantwortung von Anfragen erklärt die Regierung u. a., daß die Mittellandkanalvorlage so schnell wie möglich eingebracht werden wird. — Saatkartoffeln sollen zu Speisezwecken in Zukunft nicht mehr Verwendung finden dürfen. — Bei Beschlagnahme von Fischsendungen nach dem besetzten Westen handelt es sich um Ware, die unter Verletzung der bestehenden Vorschriften eingeführt war.

Der Entwurf einer Ausdehnung des Knappschaftsgesetzes auf Erdölbetriebe wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der neue Reichsetat.

(W) Dem Hauptausschuß der Nationalversammlung lag der neue Etat vor. Derselbe weist im ordentlichen und außerordentlichen Etat eine Gesamtausgabe von rund 40 Milliarden Mark auf, wozu noch ein Fehlbetrag aus der Reichspost und der Eisenbahn von 12,9 Milliarden hinzutritt. Im Ordinarium stehen den laufenden Einnahmen von 25 Milliarden fortdauernde und einmalige Ausgaben von 27,95 Milliarden gegenüber, sodaß ein Defizit von 2,95 Milliarden verbleibt. Aus direkten Steuern und Verkehrsabgaben steht ein Betrag von 13,8 Milliarden für das Jahr 1920 zu erwarten. Weiterhin sind Zölle, Verbrauchssteuern und Monopoleinnahmen mit 9,1 Milliarden veranschlagt. Von dieser Summe nehmen Zölle 2,5 und Kohlensteuer 4,5 Milliarden in Anspruch. Von den sonstigen Einnahmen sind noch die Tabaksteuer und die Ausfuhrabgaben mit 8,1 Milliarden Mark hervorzuheben. Die Ausgaben des Reiches sind in fortdauernde Ausgaben in Höhe von 23,8 und einmalige ordentliche Ausgaben von 4,1 Milliarden geschieden. Für Heer und Marine sind 1,9 Milliarden eingestellt. Die allgemeinen Verwaltungsausgaben sind mit 6,3 Milliarden veranschlagt. Die Verbilligung der Lebensmittel erfordert 3 Milliarden. Die Ausgaben des außerordentlichen Etats beziffern sich auf 11,6 Milliarden. Dazu sind aus dem Rechnungsjahr 1919 noch etwa 10 Milliarden verfügbar. Zur Ausführung des Friedensvertrages sind 5 Milliarden ausgeworfen, für Tumultschäden 1 Milliarde, für die Abwickelung des Heeres und der Marine 2,5 Milliarden. Im außerordentlichen Haushalt stehen an zweiter Stelle Fehlbeträge der Betriebsverwaltung. Sie sind für die Reichspost und Eisenbahn mit 12,9 Milliarden Mark veranschlagt. Reichsfinanzminister Wirth betonte bei der Einbringung: Das Augenmerk ist mehr als je auf neue Steuerquellen gerichtet. Es treten heute die großen finanzpolitischen Ueberlegungen in den Vordergrund, die zu Monopolen führen. Darüber hinaus werden in der nächsten Zukunft neue Formen der Besteuerung zu finden sein, nicht so sehr im Steuersystem, als in Verbindung des Steuersystems mit der Wirtschaft. Die Reichsfinanzverwaltung wird in absehbarer Zeit an eine Teilkonsolidierung der schwebenden Schuld herantreten. Sie glaubt als das nächste Mittel hierfür wieder eine Sparprämienanleihe herausbringen zu können.

Scharfe Gegensätze in San Remo

(TU) In der 2½stündigen Besprechung, die die drei Minister der Ententestaaten am Sonntag in San Remo hatten, verlangte, den Blättern zufolge, Millerand erregt, daß die Verbündeten Frankreichs Wünschen Rechnung tragen sollten. Dagegen vertraten Lloyd George und Nitti die These, daß Deutschlands Wiederaufbau nicht allein im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Interesse Europas liege. Laut „Idea nazionale" und „Corriere d'Italia" wurde die Aussprache teilweise in einem sehr scharfen Tone geführt.

Ueber eine Unterredung zwischen Millerand und Lloyd George meldet „Matin", daß diese erst sehr kühl gewesen sei, später aber die alte Herzlichkeit wiedergewonnen habe. Frankreich fordere die Durchführung des Versailler Friedensvertrages und eine gründliche Abrüstung Deutschlands. England wäre mit der Abrüstung Deutschlands einverstanden, wolle aber Schiedsrichter zwischen den Festlandsmächten bleiben, von denen keine die Oberhand gewinnen dürfe. Außerdem verlange England die Hegemonie im Osten. Das Gefühl des italienischen Volkes ist augenblicklich gegen die Alliierten, vor allem gegen Frankreich.

Pertinax im „Echo de Paris" sagt in seinem Bericht aus San Remo, daß Lloyd George und Nitti glaubten, daß die Entwaffnung Deutschlands sich wohl erst vollziehen werde, wenn man Deutschland mit der Entziehung des wirtschaftlichen Bestandes drohe. Nitti werde dem Obersten Rat wirtschaftliche Resolutionen vorlegen, die nach der Ansicht von Pertinax die zweite Auflage des wirtschaftlichen Manifestes von London bedeuten. — Der Sonderberichterstatter des Petit Parisien ist zwar nicht der Ansicht, daß über die deutsche Frage schon eine Verständigung erzielt wurde, jedoch glaubt er, daß die Alliierten einig seien in der Notwendigkeit, Deutschland zu entwaffnen, und daß sogar eine völlige Räumung der neutralen Zone für nötig befunden sei. Allerdings gibt auch dieser Korrespondent zu, daß, wenn man auch in dem Grundsatz einig sei, doch viele Meinungsverschiedenheiten sich in den praktischen Forderungen zeigten.

Eine Besprechung der Unruhen im Ruhrgebiet mit der Regierung.

(W) In der Reichskanzlei fand gestern eine Besprechung zwischen der Regierung und Vertretern der Deutschen Volkspartei und solchen aus den von den letzten Unruhen betroffenen Städten des Ruhrgebietes und Wuppertales statt. Auf Seiten der Regierung nahmen daran teil Reichskanzler Müller, Reichsminister des Innern Koch und preußischer Minister des Innern Severing. Von der Vertretung der Deutschen Volkspartei, die sich aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammensetzt, wurde betont, daß es wünschenswert erscheine, daß die Regierung über die Lage im Ruhrgebiet auch von rechtsstehenden Kreisen, die bisher von allen Verhandlungen ausgeschlossen worden seien, unterrichtet würde. Die Vertreter gaben der bangen Sorge der ordnungsliebenden Industriegebiete für die Gestaltung der nächsten Zukunft, besonders nach einem Abzug der Reichswehr Ausdruck und erbaten eine Aeußerung der Regierung, ob diese mit Rücksicht auf die zweifellos versteckt gehaltenen Waffen und die offenkundigen Drohungen mit neuen linksradikalen Putschen die Ruhe und Ordnung im Industriegebiet aufrechterhalten gedenke. Die Regierung erklärte, daß sie volles Verständnis für die Besorgtheit der Bevölkerung der betroffenen Städte habe und daß sie auch im Hinblick auf die große wirtschaftliche Bedeutung des Ruhrgebietes für das ganze deutsche Vaterland alles tun würde, um die Aufrechterhaltung der Staatsautorität und die Verhinderung neuer ungesetzlicher Zustände sicherzustellen. Daß auf Seiten der rechtsstehenden Bevölkerung des Industriegebietes niemand daran denke und es heiligen würde, wenn der ruhige Wiederaufbau des Landes durch Putschversuche von rechts unterbunden werde, wurde der Regierung von allen Vertretern einmütig versichert. Andererseits gab die Regierung die feste Zusicherung, daß sie neue Putschabsichten von Links mit den ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln verhindern werde und könne.

Die Marinebrigade Ehrhardt.

(TU) Die Marinebrigade Ehrhardt, die vor einiger Zeit im Munsterlager eingetroffen ist, macht, was Haltung und Disziplin anbelangt, einen ausgezeichneten Eindruck. Unter den 4000 Mann sind rund 500 Offiziere. Korvettenkapitän Ehrhardt genießt nach wie vor das Vertrauen seiner Untergebenen. In einer Ansprache erklärte er, die Auflösung der Brigade werde keinesfalls überstürzt erfolgen, sondern voraussichtlich erst am 10. Juli aus Anlaß der Verminderung der deutschen Heeresmacht auf die im Friedensvertrag vorgesehene Höchststärke. Die Dienstverträge würden dann Rechte in Anspruch erhalten werden. Kapitän Ehrhardt erklärte, er komme den Befehlen des Reichswehrministeriums „in loyaler Weise" nach. Die scharfe Zucht, die in der Marinebrigade herrscht, hebt sich umso stärker ab von der Lotterwirtschaft, die bei einem Restbestand der „Eisernen Division" eingerissen ist. Von diesen Baltikumern — diesmal handelt es sich wirklich um Leute, auf die dieser Sammelname zutrifft — sind etwa 300 Mann im Lager. Diese Leute sind entwaffnet. Die auswärts verbreitete Behauptung, im Lager sei die Sicherheitspolizei entwaffnet worden, trifft schon deshalb nicht zu, weil dort keine gewesen ist. Ebenso wenig ist eine Reichswehrkompagnie entwaffnet worden. Diese Reichswehrkompagnie ist vor kurzer Zeit aus Celle in das Lager kommandiert worden, um 2000 russische Kriegsgefangene zu bewachen, die nach dem Munsterlager gebracht wurden, als die Aufruhrwelle aus dem Ruhrrevier das Gefangenenlager zu Paderborn zu bedrohen schien.

Tagesereignisse.

— **(Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates.)** Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung schloß sich in den Montag beendeten Beratungen über den Entwurf einer Verordnung betr. den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat dem Beschluß des Unterausschusses an, wonach der vorbereitende Reichswirtschaftsrat aus 326 Mitgliedern in folgender Zusammensetzung besteht: 53 Vertretern der Land- und Forstwirtschaft, 6 Vertretern der Gärtnerei und Fischerei, 68 Vertretern der Industrie, 44 Vertretern des Verkehrs und der öffentlichen Unternehmungen, 36 Vertretern des Handwerks, 30 Vertretern der Verbraucherschaft, 44 Vertreter des Handels, der Banken und des Versicherungswesens, 16 Vertretern der Beamtenschaft und der freien Berufe, 12 mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Landesteile besonders vertrauten Persönlichkeiten, zu ernennen vom Reichsrat, und 12 von der Reichsregierung nach freiem Ermessen zu ernennende Personen, die durch besondere Leistungen die Wirtschaft des deutschen Volkes in hervorragendem Maße gefördert haben oder zu fördern geneigt sind.

— **(Eine bürgerliche Einheitsfront in Bayern.)** Zwischen dem bayrischen Bürgerblock (Volksrat) und dem reaktionären Ordnungsblock ist eine Verständigung auf der Grundlage zustande gekommen, daß sie sich zu einer bürgerlichen Einheitsfront mit einem gemeinsamen Zentralausschuß zusammenschließen. Es soll jeder Angriff auf die Zuständigkeit des Landtages und seiner Parteien vermieden werden. Die demokratische Fraktion des bayrischen Landtages gab in der gestrigen Ausschußsitzung die Erklärung ab, daß sie dem neuen Landtagswahlgesetz nicht zustimmen könne, wenn es bei der vom Ausschuß getroffenen Stimmkreisbindung bleibe.

— **In Oppeln** fand gestern eine Versammlung der Vertreter sämtlicher Gewerkschaften, der Justiz-, Eisenbahn- und Zollbeamten statt, in der über die Forderungen der Entente verhandelt wurde. Es wurde ein Ausschuß von 50 Mann gewählt, der die Beratung in Kandrzin weiterführen soll. Die Justizbeamten gehen getrennt vor. Sie werden ihre Forderungen wohl am Donnerstag, der Ausschuß in Kandrzin erst am Sonnabend der Entente unterbreiten. Dieser soll zur Beantwortung eine Frist von acht Tagen gestellt werden. Verstreicht diese Frist fruchtlos, so wird ein Ultimatum gestellt, das binnen 24 Stunden beantwortet sein muß. Die Forderungen sind 1. Bewilligung von Urlaub; 2. das Recht der freien Ein- und Ausreise für die Beamten; 3. Wegfall der Paß- und Legitimationspflicht; 4. Aufhebung der Versammlungsverbote; 5. vollständige Preßfreiheit. — Die höheren Beamten haben sich mit Ausnahme der hohen Regierungsbeamten diesen Forderungen angeschlossen.

— **(Generalstreik in Lothringen.)** „Preß libre", das sozialistische Organ von Straßburg, teilt mit, daß die Verhandlungen zwischen den Industriellen und den Arbeitern in Lothringen zu keinem Ergebnis geführt haben und deshalb endgültig der Generalstreik beschlossen worden ist.

Kleine Nachrichten.

In der oberpfälzischen Kreisversammlung der Bayrischen Volkspartei verlangte der bekannte Zentrumsführer Dr. Heim die Einführung des zehnstündigen Arbeitstags und des Streikverbots durch die Regierung. Nur so könne die wirtschaftliche Lage Deutschlands gebessert werden, und es würde dadurch eine erhebliche Besserung der Valuta in kürzester Zeit zu bemerken sein.

Denikin ist mit zwei Kindern von Korniloff in London eingetroffen. Korniloff ist von den Bolschewisten erschossen worden.

Marschall Foch arbeitete einen besonderen Bericht aus, nach welchem eine Armee von 300 000 Mann notwendig sei, um die Ausführung des Friedensvertrages in der Türkei zu überwachen.

Die Vorlage über den Großschiffahrtsweg Rhein—Main—Donau ist im bayrischen Verkehrsministerium fertiggestellt und in Form eines Antrages dem Reichskanzler für die Nationalversammlung zugegangen.

Bonar Law erklärte im Unterhause auf eine Anfrage, daß der britischen Regierung nichts von Greueln bekannt sei, die von Baltikumtruppen im Ruhrgebiet verübt sein sollen und die die Entsendung einer Untersuchungskommission der Alliierten nötig machten. Es liege auch kein Grund vor zu einem Schritt in Berlin gegenüber drohenden reaktionären Putschen.

Nach dem bisherigen Stand der Arbeiten ist anzunehmen, daß die Nationalversammlung am Mittwoch nächster Woche sich vertagt, um dem neuen Reichstag Platz zu machen.

Die Vernichtung deutscher Schiffahrt.

Mit großer Sorgfalt und vieler Mühe hatte die deutsche Schiffahrtdelegation bei der Friedenskonferenz, die sich aus Vertretern aller Stände zusammensetzt, ein Memorandum ausgearbeitet, in dem einwandfrei nachgewiesen wird, daß die vollständige Auslieferung der deutschen Handelsflotte, so wie sie im Friedensvertrag verlangt wird, die endgültige Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens bedeuten müßte. Es sollen nämlich, das sei noch einmal festgestellt, alle Handelsschiffe von 1600 To. und darüber, die Hälfte aller Schiffe von 1000—1600 To. und ein Viertel der Fischdampfer und Fischereifahrzeuge ausgeliefert werden. Einem Schulbuben wird es klar, daß die restlose Erfüllung dieser Bestimmung die deutsche Schiffahrt vollkommen vernichten muß. Gilt doch ein Dampfer von 5000 To. noch als klein, geschweige denn ein Dampfer von 1600 To., und größere Schiffe dürfen wir ja nicht haben. Mit so kleinen Schiffen, wie wir sie jetzt behalten dürfen, kann man ja kaum eine größere Ozeanfahrt wagen. Unsere Einfuhr wäre also vollkommen auf fremde Schiffahrt angewiesen, und was das bei dem heutigen Valutastande bedeutet, ist klar: Ein nennenswerter Rohstoffimport wäre uns unmöglich. Und ohne Rohstoffe bricht Deutschland ganz zusammen.

Diese Gründe hat unsere Schiffahrtsdelegation zunächst dem Maritime Service in London auseinandergesetzt. Nach längeren Unterhandlungen wurde sie dann vor den Wiedergutmachungsausschuß (Vorsitzender Poincaree!) geladen, dem noch einmal alle Gründe auseinandergesetzt wurden. Die Reparationskommission ließ mit ihrer Antwort warten.

Am Mittwoch endlich traf eine Note der Entente in Berlin ein, die nach dem üblichen Drum und Dran schließlich zur Ablehnung des deutschen Wunsches auf Belassung der für Deutschland unbedingt nötigen Tonnage kam, weil hierfür deutscherseits „keine genügenden Gründe" (!!!) vorgebracht seien.

Diese Antwort zeigt uns wieder einmal deutlich, daß die drüben immer noch unsere Feinde sind. Sie zeigt, daß auch nicht der geringste gute Wille vorhanden ist, Deutschland durchzuhelfen. Wenn man auch in England anfängt, mit Phrasen um sich herumzuwerfen, von einer internationalen Anleihe und ähnlichen Hilfsaktionen geredet hat, getan hat man noch gar nichts. Gegen die Besetzung Frankfurts hat man protestiert, verhindert hat man sie nicht. Und die neue Note über die Handelsflotte zeigt uns ganz deutlich, daß auch England, von dem schon manche Deutsche zu glauben anfangen, daß es uns eine Stütze gegen Frankreichs Uebermut sein wird, uns vernichten will. Denn über die Flotte hat sich England die Entscheidung zugesichert, und die Wiedergutmachungskommission beschließt nur, was England will.

*

Die Anklage des deutschen Seemannstages gegen die Entente.

Bei den Verhandlungen des deutschen Seeschiffahrtstages wurden dem deutschen Delegierten für die Verhandlungen mit der Entente in London und Paris, Paul Müller (Transportarbeiterverband), die Frage gestellt, was die deutsche Delegation zur Erhaltung der deutschen Schiffahrt getan habe. Seine Antwort gestaltete sich zu einer wuchtigen Anklage der Entente und einem kraftvollen Appell an das deutsche Volk, die Entente zu zwingen, wirklich vernünftig mit Deutschland zu verhandeln. Müller sagte u. a.: Die Schiffsauslieferungsfrage geht nicht nur die Reeder, und nicht nur den Seemann an, sondern es handelt sich um eine deutsche Frage, um eine nationale Frage, um eine Lebensfrage für unser Volk. Ich halte es für absolut erforderlich, daß dem deutschen Volk erneut dieses zum Bewußtsein gebracht wird. Nötig ist aber auch, daß der deutschen Regierung gegenüber erneut und mit Nachdruck ausgesprochen wird, daß nicht nur die deutsche Schiffahrt, sondern das deutsche Volk in seiner Gesamtheit von ihr endlich harte Taten fordert. Der Notschrei, den im Auftrage der deutschen Regierung die Delegation an den Feindbund in der Form einer Denkschrift gerichtet hat, in London als auch in Paris, gestaltete sich zu einem Appell an den Feindbund. Aufgabe dieser Versammlung ist es, gegen diese Art der Behandlung der Schicksalsfrage nachdrücklich Einspruch zu erheben. Der Feindbund stand in London wie in Paris auf dem Standpunkt, daß der schmachvolle Gewaltvertrag von Versailles restlos zu erfüllen sei. Der Friedensvertrag ist unterzeichnet, aber mit einer ausdrücklichen Rechtsverwahrung mit dem Bemerken, daß die restlose Erfüllung auch in seinem maritimen Teil für uns zu einer glatten Unmöglichkeit werden wird. Ich glaube, wir sind verpflichtet, zu erklären, daß die restlose Erfüllung des Friedensvertrages eine glatte Unmöglichkeit geworden ist, es sei denn, daß wir uns und die deutsche Schiffahrt zum Selbstmord bereit erklären. Ich stütze mich auf praktische Erfahrungen, die in Trier, Spa, Brüssel, London und Paris gesammelt sind. Es ist ein Irrtum, wenn man annimmt, daß den Feindbund lediglich der Haß zu seiner brutalen Vergewaltigung treibt. Ich habe die Ueberzeugung, es ist weniger der Haß als die Furcht vor Leutschlands Zukunft, die die Gewaltforderungen der Feinde bis zur Stunde geleitet hat. Das deutsche Volk unter Führung seiner Regierung, einerlei welcher Regierung, muß endlich von Worten zu Taten übergehen. Ein deutscher Seemann lehnt es ab, für die Folgezeit auch nur ein deutsches Schiff dem Feindbund auszuliefern. Das ist die einzige Möglichkeit, die für uns gegeben ist, um ernsthafte Verhandlungen auf der anderen Seite zu erzwingen. Bisher wurde in London und Paris nicht verhandelt. Hier galten die Deutschen als Angeklagte. Man gestattete uns nur das Wort, eine Bitte zu äußern, die man dann achtlos in den Wind schlug.

Hiernach wurde eine entsprechende Entschließung von der Versammlung einstimmig angenommen, die dem Reichskanzler und der Nationalversammlung telegraphiert wurde, und in der gesagt wird, der 7. deutsche Schiffahrtstag hat mit tiefem Bedauern von der am 12. April in der Nationalversammlung erfolgten Mitteilung des Reichskanzlers Kenntnis genommen, wonach die wochenlangen Verhandlungen der Vertreter Deutschlands in London und Paris um die Herausschiebung der Ablieferungstermine des Restes unserer für überseeische Fahrt verbliebenen Schiffe vollständig ergebnislos geblieben sind. Wollen wir vor völligem Zusammenbruch bewahrt bleiben, so ist für die Einfuhr des Mindestbedarfs aller notwendigen Rohstoffe aus überseeischen Ländern ein eigener Schiffsraum von mindestens 700000 Tonnen erforderlich. Das, was uns zugestanden wird, reicht auch nicht entfernt für die Aufrechterhaltung der Küstenschiffahrt aus. Bleiben die Verbündeten bei ihrer unversöhnlichen, wegen ihres großen Schiffsraumes unbegreiflichen Haltung bestehen, wodurch zu den 10000 brotlos gewordenen Seeleuten noch Tausende hinzukommen, und die für die Kultur ganz Europas verhängnisvolle Wirkungen haben kann, dann droht die Wiedererstarkung des Bolschewismus an der ganzen deutschen Wasserkante. Deshalb richtet der deutsche Schiffahrtstag an die Reichsregierung und die Schiffahrtsdelegation in London und Paris die dringende Forderung, alles daran zu setzen, daß uns der kleine Rest der deutschen Handelsflotte erhalten bleibt.

Die Valutagewinne der Eisenindustrie.

Der Reichswirtschaftsminister hat die Anfrage eines Abgeordneten über die Regelung der Eisenwirtschaft in einer längern Darstellung an den Präsidenten der Nationalversammlung beantwortet, der wir das Nachstehende entnehmen:

Die Großindustrie ist im letzten Monat dazu übergegangen, Eisen und Stahl an die weiterverarbeitende Industrie zur sogenannten „mittelbaren Ausfuhr", und zwar zu Preisen zu liefern, die erheblich über den vom Reichswirtschaftsministerium genehmigten Inlandpreisen liegen; hierbei fordern die einzelnen Stahlwerke in der Regel 50 v. H. in deutscher Währung zum Inlandpreis und 50 v. H. in fremdländischer Währung zum Auslandspreis. Die eisenverbrauchende Industrie muß daher, wenn sie überhaupt Eisen zur Weiterverarbeitung erhalten will, die Hälfte zum Weltmarktpreise bezahlen, auch wenn das Eisen in Wirklichkeit nicht ausgeführt, sondern lediglich für den Inlandbedarf bestimmt ist. An und für sich ist der Gedanke nicht unberechtigt, die Valutaverluste, die den Hüttenwerken durch den Bezug von schwedischem und spanischem Erz entstehen, durch einen Teil der Valutagewinne, die durch die Ausfuhr von Eisenhalbfabrikaten und Fertigerzeugnissen erzielbar sind, zum Ausgleich zu bringen. Nur ist hierzu eine Regelung erforderlich, die gewährleistet, daß nur die wirklich zur Ausfuhr gelangenden Waren belastet werden, und daß die Vergünstigungen nur denjenigen Werken der Großindustrie zugute kommen, die wirklich ausländische Rohstoffe verarbeiten oder aus diesem Grunde ungedeckte ausländische Schulden haben. Das gegenwärtige Verfahren der Großeisenindustrie bietet jedoch hierfür in keiner Weise Gewähr, denn die sogenannte „mittelbare Ausfuhrabgabe" wird auch von den Werken gefordert, die keine ausländischen Erze verarbeiten, und ohne Rücksicht darauf, ob der Abnehmer das Erzeugnis ausführt oder nicht. In zahlreichen Zuschriften an das Reichswirtschaftsministerium haben weite Kreise der eisenverbrauchenden Industrie ihrer Entrüstung über diese Forderung der Stahlwerke mit Recht Ausdruck gegeben. Handelt es sich doch um eine sehr erhebliche Preisüberschreitung, die geeignet ist, die Interessen der inländischen Verbraucher aufs schwerste zu schädigen und eine weitere Entwertung der Papiermark herbeizuführen. Zur Beseitigung der Mißstände auf dem Eisenmarkt überhaupt, insbesondere des unerträglichen Zustandes, der durch die Forderung der Großeisenindustrie auf Zahlung in ausländischen Devisen entstanden ist, hat das Reichswirtschaftsministerium jetzt gemäß der Resolution des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung vom 15. Dezember 1919 den Entwurf einer Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft fertiggestellt. Reichsrat und volkswirtschaftlicher Ausschuß haben diesem Entwurf zugestimmt. Nach § 12 Abs. 4 dieser Verordnung, die mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft tritt, sind Abreden, die den von dem künftigen Selbstverwaltungskörper festgesetzten Verkaufsbedingungen zuwiderlaufen, nichtig. Hierunter fällt auch die Forderung von ausländischen Devisen; sie ist als Ueberschreitung der Höchstpreise strafbar. In vielen Fällen verstößt das Verfahren der Großindustrie auch gegen die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1917. Das Reichswirtschaftsministerium wird den Mißständen mit allen ihm bisher zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten und nunmehr auch mit Hilfe der Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft auf eine strafrechtliche Verfolgung der zu seiner Kenntnis kommenden Fälle dringen.

Vom Reichsverband der deutschen Industrie.

In den Räumen des Zoologischen Gartens in Berlin trat die Mitgliederversammlung des Reichsverbands der deutschen Industrie zusammen. Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter der deutschen Industrie, die vor wenigen Tagen den ersten Geburtstag ihrer nunmehr die Gesamtheit vertretenden machtvollen Organisation begehen konnte und trotz allen Enttäuschungen und Rückschlägen dieses Jahres die Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands nicht einzustellen, sondern nur noch lebhafter zu gestalten gewillt ist. Mit Bitterkeit gedachte der Vorsitzende, Dr.-Ing. Sorge, namentlich der letzten Wochen mit ihren Rückschlägen auf die allgemeine, wie insbesondere die wirtschaftspolitische Entwicklung. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitern habe durch den Kapp-Putsch und die durch ihn hervorgerufenen weitern Verwicklungen einen argen Stoß erlitten, aber ungeachtet dessen oder gerade deswegen legt der Reichsverband Gewicht darauf, sein unbedingtes Festhalten an dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft und seinen festen Willen, ihn, was die Industrie betrifft, zu verstärken und zu vertiefen, mit allem Nachdruck zu betonen. Den zusammengefaßten Bericht über die Wirtschaftspolitik des Reichsverbands der deutschen Industrie und den Wiederaufbau des deutschen Auslandkredits erstattete das geschäftsführende Vorstandsmitglied Wirklicher Geheimer Legationsrat Dr. Simons.

Er legte zunächst dar, wie sich die Leitung des Reichsverbands zu den Problemen gestellt habe, die der Friedensvertrag für die Industrie mit sich bringe. Insbesondere schilderte er die Tätigkeit der Geschäftsstelle für industrielle Abrüstung, die der Reichsverband unter Führung des Obersten Koeth eingerichtet hat, um den bedrohten Unternehmungen ehemaliger Kriegsindustrieller gegen die Kommissionen des Verbands Rat und Hilfe zu leisten. Er behandelte ferner die Schwierigkeiten, die mit der Vergebung industrieller Aufträge zur Wiedergutmachung der in den zerstörten Gebieten angerichteten Schäden verbunden sind, und streifte dabei besonders die Aufgaben der Fachverbände und die Preispolitik der Regierung. Gegenüber der Sozialisierung und sozialen Gesetzgebung falle dem Reichsverband die Aufgabe zu, die völlige Ausschaltung oder auch die unsachgemäße Beschränkung des Unternehmers zu bekämpfen. Nach einer kurzen Darstellung des Streites um das Betriebsrätegesetz entwickelte der Redner die Ziele, die der Reichsverband gegenüber der Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung und dem Versuch eines organischen Aufbaues der Vertretungen der deutschen Wirtschaft eingenommen hat.

Die Schilderung des Verhältnisses des Reichsverbands zur zentralen Arbeitsgemeinschaft führte den Redner zu einem kurzen Bericht über die Schritte, die das Präsidium des Reichsverbands während der Zeit des Kapp-Putsches und des anschließenden Generalstreiks getan hat, um das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht durch diese ebenso leichtfertige wie verhängnisvolle Bewegung zerstören zu lassen. Bemerkenswert dabei war die Feststellung des Redners aus seinen persönlichen Erfahrungen her, daß am Vormittag des 13. März in Berlin Verhandlungen zwischen den industriellen Arbeitgebern und der Arbeitnehmerschaft wegen eines etwaigen Vermeidens des Generalstreiks gar nicht möglich gewesen wären, weil die Arbeitsniederlegung sofort und automatisch eingesetzt habe. Im Hinblick auf den schwierigen Ausbau des Reichsverbands und die Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben forderte der Redner nachdrücklich einen stärkern Zusammenschluß der deutschen Industrie, ein kräftiges Mitarbeiten der Unternehmer selbst an der Führung der Geschäfte. Er verwies namentlich auf die Notwendigkeit der Fühlungnahme mit den Wirtschaftsvertretungen der Länder, die für den Warenaustausch mit Deutschland wichtig sind und in denen die deutsche Industrie durch selbständige Agenturen vertreten und mit den dortigen industriellen Organisationen in eine Interessengemeinschaft gebracht werden müsse. Für alle diese Aufgaben erklärte der Redner einen Wiederaufbau des deutschen Auslandkredits für eine Grundbedingung. Er warnte davor, sich auf das Wohlwollen, ja nur auf das wohlverstandene Interesse fremder und besonders ehemalig feindlicher Länder zu verlassen. Auch das Reich sei finanziell nicht in der Lage, Positives für den Wiederaufbau des deutschen Auslandkredits zu leisten. Die Gesamtheit der deutschen produzierenden Stände müsse diesem Kredit die Goldwerte, die sie besäßen, zur Verfügung stellen, um aus dem Papierjammer herauszukommen. Der Redner schilderte darauf die verschiedenen Pläne, die in der letzten Zeit nach dieser Richtung hin ausgearbeitet worden sind, insbesondere den Plan einer Allgemeinen Kreditgenossenschaft des Dr. Jordan (Mallinckrodt). Er hielt es nicht für empfehlenswert, darüber hinaus Aufgaben lösen zu wollen, für die einstweilen die Ausfuhrfähigkeit der deutschen Industrie noch nicht die nötigen Werte zur Finanzierung schaffen könne. Wenn zum Beispiel, nach einem der Vorschläge des Unterstaatssekretärs Hirsch auch die Unterstützung der deutschen Schuldner ausländischer Valuta und die Umwandlung der Markbeträge im Ausland in langfristige Kredite unternommen werden sollte, so müßten der geplanten Genossenschaft dafür Gegenwerte geboten werden, die ein solches Wagnis erträglich machten, also abgesehen von der Ueberlassung der Auslandkredite gewisse gemeinwirtschaftliche Rechte, die infolge der heutigen Sozialisierungsgesetze der Privatwirtschaft entzogen würden, und namentlich alle die Beteiligungsrechte mit produktivem Kapital der Nation, die durch das Reichsnotopfer Gefahr liefen, in dem Abgrund der durch den Friedensvertrag belasteten Reichsfinanzwirtschaft zu verschwinden oder unmittelbar vom Verband in Anspruch genommen zu werden.

Geheimrat Deutsch sprach über die Regelung der Ein- und Ausfuhr. Er gelangte dabei zu dem Vorschlag, daß ausländische Besteller die Hälfte des Preises bei der Bestellung in ausländischer Währung und den Rest bei Ablieferung in deutscher Mark zu entrichten haben. Der Redner ist der Ansicht, daß wir jetzt an der Grenze der Weltmarktpreise angelangt seien. Zu erstreben sei daher, daß jede Industrie Selbstverwaltungskörper mit Beitrittszwang für jeden Angehörigen dieser Industrie errichte. Gegenüber den Sozialisierungsplänen des Reiches steht Geheimrat Deutsch auf dem Standpunkt, daß das Ausland jedenfalls sich weigern würde, mit verstaatlichten Betrieben zusammen zu arbeiten. Die Vorsitzenden der beiden frühern großen Spitzenverbände der deutschen Industrie, Landrat a. D. Roetger und Kommerzienrat Dr. Friedrichs, wurden einstimmig zu Ehrenmitgliedern des Reichsverbands ernannt. Die Versammlung genehmigte eine Entschließung, in der Dr. Jordan-Mallinkrodt für seinen bekannten Plan der Dank der deutschen Industrie ausgesprochen und der Vorsitzende des Verbands beauftragt wird, Jordans Pläne einem Ausschuß von Sachverständigen zur eingehenden Prüfung vorzulegen und so bald wie möglich dazu Stellung zu nehmen.

7. preußische Generalsynode.

In der Donnerstag-Sitzung werden einige Vorlagen des Ausschusses für Innere Mission behandelt. Syn. D. Weber berichtet über die Evangel. Arbeitervereine. Innerhalb der Landeskirche gehörten 1914 837 Vereine mit 113564 Mitgliedern zum Gesamtverband. Er kennzeichnet ihr Wesen als religiöse, soziale und nationale Gesinnungsvereine ohne irgendwelche politische oder kirchenpolitische Parteinahme. Eine Entschließung erkennt ihre Tätigkeit dankbar an und wünscht der Bewegung weiteren Fortgang. Syn. Weber beantragt, Spezialisten auszubilden, die auf dem Gebiete der Arbeiter-, der Jugend- und der Sittlichkeits-Bewegung theoretisch und praktisch arbeiten. Gen.-Sup. D. Gennrich würdigt das Wirken der christlichen Liebestätigkeit und bittet namens des Syn.-Ausschusses für Innere Mission, entsprechend einem Antrag der Westfälischen Prov.-Synode, daß bei den Vorarbeiten zur neuen Verfassung eine geordnete Vertretung der Inneren Mission auf allen synodalen Stufen ins Auge gefaßt wird. Gen.-Sup. Zoellner wünscht deshalb auch die Vertretung der Inneren Mission auf der verfassunggebenden Kirchenversammlung. D. Scholz und Konsist.-Rat Dr. Kapler u. a. erheben Bedenken, dies ausdrücklich dem Verfassungsausschuß vorzuschlagen. Syn. v. Schmeling berichtet über Schwierigkeiten, die sich ergeben bei der Heranziehung von Personen mit doppeltem Wohnsitz zur Kirchensteuer. Syn. Lic. Schäfer-Remscheid berichtet über den Wunsch des EOK., daß die Gemeinden für die Gemeindehelfer, die durch den Hilfsfonds für landeskirchliche Zwecke besoldet werden, weitere Mittel selbst stellen. Mit größter Teilnahme und Spannung wird der Bericht des Geh. Konsist.-Rats Staemmler-Posen über die Regelung der kirchlichen Verhältnisse in den zur preußischen Landeskirche gehörigen abgetretenen Gebieten entgegengenommen, worüber auch gedruckte Mitteilungen des Oberkirchenrates vorliegen. Die Kirchenbehörden und Gemeinden stellen die Forderungen: Keine Aenderungen der kirchlichen Grenzen, Wahrung der Rechte der Gemeinden, der Pastoren und des Kirchenregiments. Der Berichterstatter gibt ergreifende Schilderungen von den polnischen Unterdrückungen der evangelischen Kirche und der Pfarrer. Pfarr-, Schul- und Gemeindehäuser sind uns widerrechtlich geraubt, um die Erhaltung des evangelischen Diakonissenhauses in Posen wird noch gekämpft. Unter dem Schein harmloser oder gar freundlicher Bestimmungen wird der evangelische Religionsunterricht unmöglich gemacht und der Kirche der Pfarrerstand entzogen. Jetzt soll das bestehende Konsistorium abgesetzt werden; aber, sagt er, gutwillig werden wir den Platz nicht aufgeben, auf den uns Gott gestellt hat. Die evangelischen Gemeinden müssen den Zusammenhang mit der Landeskirche behalten, aber andererseits eine weite Freiheit erhalten. Eine Entschließung, die ein stärkender Trost für die dortigen Gemeinden sein soll, soll vom Verfassungsausschuß entworfen werden. Der Präsident des Oberkirchenrates ergänzt unter lebhaftem Beifall der Synode die Ausführungen durch Hinweis auf die andern abgetretenen Gebiete, und Prof. Kahl stellt den Widerhall fest, den das Gehörte in den Herzen geweckt hat. Er dankt der Kirchenbehörde für ihre Bemühungen in der schwierigen Lage und bietet den Glaubensgenossen draußen den Gruß innigster Verbundenheit. Es kommen nacheinander die Vertreter der verschiedenen abgetretenen Gebiete zu Worte. Alle betonen den Willen an der Gemeinschaft mit der preußischen Landeskirche festzuhalten und bringen z. T. ergreifende Schilderungen der Lage, aber auch der Erfolge treuen Ausharrens. So gestaltet sich die Aussprache in Gruß und Gegengruß und gegenseitigem Gelöbnis zu einer großen Kundgebung des evangelischen Deutschtums.

Aus aller Welt.

— **Ueber eine ungeheuerliche Bluttat** deutscher Zeitfreiwilliger aus Marburg wird im „Vorwärts" berichtet: Im Bad Thal erschienen am 24. März abends plötzlich Lastautos, schwer bewaffnet, und von den genannten Zeitfreiwilligen besetzt. Auf einer Liste hatten sie 16 Personen verzeichnet, deren Wohnungen der ortsanwesende Gendarmeriewachtmeister benennen mußte. Fünfzehn Verhaftungen wurden dann auch vorgenommen. Zum Teil waren die Leute völlig unschuldig, während ein anderer Teil sich an der Waffensuche bei Bauern beteiligt und dabei auch einige Lebensmitteln weggenommen hatte. Am nächsten Vormittag wurden aber 15 am Rande der Straße Sattelstädt-Mechterstädt in Zwischenräumen von 100—200 Metern erschossen aufgefunden. Der Amtsanwalt von Thal machte die Angabe, daß die Leute von den Zeitfreiwilligen ohne weitere gerichtliche Legitimation festgenommen wurden; auch von der vorgesetzten militärischen Stelle lag kein Befehl vor. — Die Beschuldigungen, welche vom „Vorwärts" erhoben werden, sind so ungeheuerlich, daß man vorerst nur annehmen und wünschen kann, daß sie sich nicht bewahrheiten. Sollte das jedoch der Fall sein, so muß die allerstrengste Bestrafung der Täter gefordert werden. Hoffentlich wird recht bald von amtlicher Seite eine Aufklärung erfolgen.

— **Wegen Mangel an Ehrerbietung bestraft.** Der Verein Frankfurter Presse hat wegen der Bestrafung zweier Mitglieder wegen Verbreitung angeblich falscher Nachrichten beim kommandierenden französischen General schriftlich Protest eingelegt. Beide Unterzeichner des Protestes sind nunmehr vom General mit je 1000 Mark Buße belegt worden, weil sie es in dem Schreiben an der nötigen Ehrerbietung hätten fehlen lassen.

— **Dreisprachige Stadtverordnetenversammlungen.** In der Stadtverordnetenversammlung in Tondern, in welcher bis zur Abstimmung nur deutsch gesprochen wurde, werden jetzt, nach der Abstimmung, mehrere Sprachen gesprochen. In der letzten Sitzung wurden die Verhandlungen in deutscher, dänischer und friesischer Sprache geführt. Da die dänisch gesinnten Stadtverordneten, trotzdem sie in der Minderheit sind, unbedingt die dänische Sprache als Verhandlungssprache und die deutschen Stadtverordneten die deutsche Sprache haben wollen, und auch friesisch gesprochen werden soll, wurde die Anstellung von Dolmetschern empfohlen, um die Reden übersetzen zu lassen. Die dänischen Stadtverordneten sind der Ansicht, daß in dem jetzt dänischen Stadtparlament nur dänisch gesprochen werden dürfe.

— **Schwurgerichtssitzung im Zuchthaus.** Die Potsdamer Justizbehörden stehen vor einem Fall, der ihnen einigermaßen Kopfzerbrechen macht. Bekanntlich sind aus dem Brandenburger Zuchthaus während des letzten Generalstreiks 140 Sträflinge ausgebrochen. Der größte Teil davon ist wieder eingefangen. Als Meuterer gehörten sie vor das Potsdamer Schwurgericht. Nun können aber die Richter unmöglich das Experiment wagen, diese Zuchthausbande nach Potsdam zur Aburteilung zu transportieren, geschweige denn, hier unterzubringen. Den einzigen Ausweg hofft man dadurch zu finden, daß ausnahmsweise eine Schwurgerichtssitzung im Brandenburger Zuchthause abgehalten werden muß.

— **Schmuggel mit Salvarsan.** In letzter Zeit wird ein umfangreicher Schmuggel mit Salvarsan getrieben, insbesondere versuchen Bulgaren Savarsan aus Deutschland herauszuschmuggeln. Wie die „T.-U." zu diesen Vorgängen erfährt, beteiligt sich besonders ein gewisser Ivan Watou bei diesem Schmuggel, welcher sich abwechselnd in München und Berlin aufhält. Um diesem Treiben Einhalt zu gebieten, wurde angeregt, das von ausreisenden Bulgaren mitgeführte Brot, insbesondere Semmel, genau zu untersuchen.

— **Eine Patronenfabrik niedergebrannt.** In der Hirtenberger Patronen-Fabrik brach ein Brand aus, dem sämtliche 29 Gebäude mit Ausnahme eines einzigen zum Opfer fielen.

— **Die Sucht nach schmutzigem Papiergeld.** Aus Lüneburg wird geschrieben: Trotz aller Mahnungen in den Tageszeitungen fallen in unserem Regierungsbezirk tagtäglich in fast allen Ortschaften in erschreckenden Mengen die herrlichsten Eichen dem Gotte „Mammon" zum Opfer. Manche Hofstellen, die seit Jahrhunderten im herrlichsten Eichenhain wie ein kleines Königreich für sich lagen, kennt man heute kaum wieder. Die schönen Baumriesen beschatten nicht mehr Haus und Hof, sie liegen tot am Boden. Wandert man einmal durch unsere Heidedortschaften, so kann man überall das gleiche Bild beobachten. Kommt man zufällig am Platze eines Zimmermannes vorbei, so findet man dort die Recken stumm bei einander aufgeschichtet. Noch mehr erkennt man aber die Sucht nach dem schmutzigen Papiergelde, wenn man einmal eine Eisenbahnfahrt macht. Auf fast allen Stationen, zumal auf den kleineren, kann man ganze Berge der gefällten Eichen sehen, die in die Sägemühlen fortgeschafft werden sollen, und von da natürlich ins Ausland wandern.

— **Einbruch in den Hildesheimer Domschatz.** Dem Polizeibericht ist zu entnehmen: Wie festgestellt wurde, ist in die Domschatzkammer eingebrochen worden. Der Diebstahl wurde vermutlich am 12. d. M. gegen Abend ausgeführt. Die Diebe haben eine Mauer durchbrochen und aus dem Domschatze folgende Wertgegenstände entwendet: zwei bronzene Bernwardsleuchter, die eine Nachahmung der silbernen Originale darstellen; eine goldene Muttergottesstatue, die 52 Zentimeter hoch ist und neben dem Gold- auch einen bedeutenden Kunstwert besitzt, eine vergoldete Patene, vier silbervergoldete Kelche und zwei silbervergoldete Monstranzen von besonderem Werte. Damit sind zehn von den achtzig Kunstgegenständen, die sich im Domschatz befinden, entwendet worden. Der Wert der gestohlenen Gegenstände läßt sich noch gar nicht abschätzen. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur.

— **Flugzeug abgestürzt.** Ein deutsches Wasserflugzeug, das auf dem Flug von Swinemünde nach Christiania sich befand, stürzte im Sund ab und wurde zertrümmert. Der Flieger Notting wurde schwer verletzt, sein Begleiter, ein Mechaniker, erlitt leichtere Verletzungen. Das Flugzeug sollte zu Passagierflügen im Christianiafjord Verwendung finden.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 21. April. **(Verschiedenes.)** Nach **Ungarn** sind gemäß einer Mitteilung der ungarischen Postverwaltung gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen nur offen zulässig. Geschlossen eingehende derartige Sendungen werden in Ungarn den Zollämtern zugeführt oder an die Absender zurückgeleitet.

Der Minister des Innern Severing erklärte einem Mitarbeiter der P. P. N., **die Rückberufung der Truppen aus dem Ruhrrevier** habe bereits begonnen. Ersatz werde, wo er erforderlich erscheine, von der grünen Polizei gestellt. Er halte es für zweckmäßig, wenn baldigst eine Vermehrung der Sicherheitspolizei erfolge. Gleichzeitig mit der Vermehrung müsse eine wirklich demokratische Reorganisation der Sicherheitspolizei durchgeführt werden. Der erste Schritt dazu sei getan. Die kompromittierten Führer der Abteilungen und Hundertschaften würden unnachsichtlich entfernt. Tüchtige Beamte im Unteroffiziersrange würden befördert. Den Abteilungen würden Zivilkommissare beigegeben. Zu den verschiedenen Putschgerüchten erklärte der Minister, er halte diese Gerüchte für mindestens übertrieben. Schließlich teilte der Minister mit, daß das Ergebnis der Waffenablieferung sehr unbefriedigend sei.

*

Die Ruhrbergleute für den Frieden von Münster.

Der Deutsche Bergarbeiter-Verband hielt Sonntag in Mülheim (Ruhr), Bochum und Dortmund Vertrauensmännerkonferenzen ab, die von etwa 400 Ortsvereinen beschickt worden waren und in denen die derzeitigen Verhältnisse besprochen wurden. Die in allen drei Versammlungen angenommene Entschließung spricht sich in ihrem ersten Punkt gegen die kurzsichtigen, egoistischen, partikularistischen und deutschfeindlichen Absplitterungsbestrebungen aus, die auf die Herbeiführung des wirtschaftlich und politisch unerträglichen Elends der Kleinstaaterei gerichtet sind. Im zweiten Punkt wird Einspruch gegen die Diktatur von links und rechts erhoben. Ferner wird die Auffassung der Regierung, daß es sich bei dem Bürgerkrieg im Ruhrrevier nur um eine Polizeiaktion handelt, freudig begrüßt und gefordert, daß zur baldigen Wiederkehr normaler Verhältnisse die Bielefelder und Münsterschen Abkommen gerecht durchgeführt werden. Schließlich wird unentwegt die alsbaldige Sozialisierung des Bergbaues gefordert, mit der Begründung, daß die Forderung um so dringlicher sei, weil, wie der Fall der Kohlengewerkschaft Hermann lehrt, die größte Gefahr bestehe, daß unsere Kohlenschätze aus privatkapitalistischen Gewinnabsichten dem ausländischen Kapital ausgeliefert würden. Ein weiterer Antrag fordert die Bezahlung der Streikschichten, wenigstens für die in der ersten Woche nach dem Kapp-Putsch ausgefallenen Schichten.

*

(Truppenverlegung.) Die bayr. Schützenbrigade Abt. 1c teilt mit: Um der neuen Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. April 1920 über die Waffenablieferung den erforderlichen Nachdruck zu verleihen, und um die Durchführung dieser Verordnung zu sichern, sind Teile der bayrischen Schützenbrigade Epp vorübergehend in das rückwärtige Gebiet (Gegend Hamm), wo die Waffenablieferung nur in unzureichender Weise erfolgt ist, verlegt worden.

*

Aufruhrbeteiligte vor dem Kriegsgericht Münster.

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Münster hatten sich Montag eine Anzahl Personen wegen Beteiligung am Aufruhr zu verantworten. In der Hauptsache sind es Mitläufer, die unter einem gewissen Druck sich in die rote Armee aufnehmen ließen, dann aber bei den ersten Gefechten, wenn Schrapnellkugeln pfiffen, die Flinte ins Korn warfen und das Hasenpanier ergriffen. Von den Patrouillen der Reichswehr wurden sie dann gefangengenommen und dem Gericht übergeben.

Die Bergleute Felix Knapzyck und Johann Tenas aus Wiescherhöfen, beide erst 17 Jahre alt, wurden in Pelkum gefangengenommen. Sie haben nur einen Tag Dienst getan. Ersterer will bei der Arbeiterwehr gegen die Rotgardisten gekämpft haben. Diese stand aber unter dem Kommando der roten Armee. Die Strafe lautet auf je ein Jahr Gefängnis.

Die Bergleute Anton Graf und Friedrich Gärtner, 22 bezw. 20 Jahre alt, beide aus Altenbögge, sind der Beteiligung am Aufruhr angeklagt. Sie wurden in der Nähe von Hamm bezw. Kamen gefangengenommen. Ersterer wurde, nachdem er am 29. März seine letzte Schicht verfahren hatte und in den Generalstreik trat, von den Rotgardisten bewaffnet und mußte mit 24 Mann den Bahnhof Nordbögge besetzen. Am Tage darauf ging er zu einer Wirtschaft, wo er die Waffen empfangen hatte, zurück und gab dort sein Gewehr ab, da er mit der roten Armee nichts mehr zu tun haben wollte. Alsdann flüchtete er nach Kamen, wo ihn das Schicksal ereilte. Der Mitangeklagte Gärtner will von seinen Arbeitskollegen zum Eintritt in die rote Armee gezwungen worden sein, die ihm ein Gewehr und drei Handgranaten aushändigten. Als sich Panzerautos näherten und die Regierungstruppen herankamen, flüchtete er nach Wegwerfen der Waffen nach Kamen und wurde dort gefangengenommen. Unter Annahme mildernder Umstände erhielt jeder ein Jahr Gefängnis.

Der Bergmann Ladislaus Lenzowski aus Wiescherhöfen, der erst im Februar aus dreijähriger französischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt ist und angibt, unter Schwindelanfällen zu leiden, da er bei der Gefangennahme schwere Kolbenschläge über den Kopf bekommen hat, wird beschuldigt, auf einen Flieger geschossen zu haben. Er saß am Tisch und schrieb, als Leute draußen riefen, daß ein „Kappflieger" in großer Höhe herankäme. Kurz entschlossen nahm Lenzowski das Gewehr seines Bruders, ging nach draußen und schoß auf den Flieger, den er nach seiner Angabe kaum sehen konnte. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurde Lenzowski unter Annahme mildernder Umstände zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Bergmann Wilhelm Lojack aus Berghaltern wurde während der Unruhen zum Stadtkommandanten von Haltern gewählt, nachdem der Aktionsausschuß aufgehoben und ein aktiver Arbeiterrat gewählt worden war. Lojack wurde die Bildung einer Arbeiterwehr aufgetragen. Der Angeklagte glaubte für Ruhe und Ordnung sorgen zu sollen und hat die Bewohner, wie er sagt, vor Plünderungen bewahrt. Sechs Tage ist er Kommandant gewesen und hat dann sein Amt niedergelegt, da er sich dann bewußt wurde, daß die rote Armee die Führung in den Händen hatte. Der Vertreter der Anklage beantragte sechs Jahre Zuchthaus. Es wurde aber die Verhandlung vertagt, da weitere Zeugen, insbesondere der Bürgermeister und die Polizei von Haltern geladen werden sollen, um ihr Urteil abzugeben, inwiefern Lojack zugunsten der Bürgerschaft Halterns sich betätigt hat.

Die Bergleute Tomczyck und Topf aus Werne a. d. Lippe wurden, als Kolonnen Haussuchungen nach dem Aufenthalt kampffähiger Leute hielten, in die rote Armee eingestellt und in die Gegend von Dortmund verschoben, wo sie bewaffnet wurden. Als sie ihre Löhnung in Empfang nehmen wollten, nahmen die Regierungstruppen die Angeklagten fest. Urteil: Je ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

*

Da die **Gültigkeitsdauer der Fahrkarten** wieder wie früher auf 4 Tage von der Eisenbahndirektion festgesetzt ist, ist jeder in der Lage, durch frühzeitige Lösung der Fahrkarten sich seine Mitfahrt zu sichern.

Werne, 21. April. **(Betriebsrätewahl.)** Bei der auf Zeche Werne stattgefundenen Wahl der Betriebsräte erhielt der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter 8 und der alte Verband 3 Vertreter.

Hamm, 21. April. **Ein bedauerlicher Vorfall**, der den Tod eines Reichswehrsoldaten zur Folge hatte, hat sich in einer hiesigen Bürgerfamilie zugetragen. Ein dort einquartierter Reichswehrsoldat hatte seinen Revolver, nachdem er ihn vorher entladen hatte, dem Sohne der Familie zur Besichtigung übergeben. Er hatte aber übersehen, daß in dem Laufe noch eine Patrone steckte. Die Waffe entlud sich plötzlich und drang dem unglücklichen Soldaten in die Lunge, wodurch dessen Tod herbeigeführt wurde.

Horstmar, 21. April. **Einbrecher** drangen in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in die Kolonialwarenhandlung des Herrn R. Petermeier in Horstmar und raubten Waren im Werte von ca. 5—6000 Mark. Der Geschädigte hat eine Belohnung von 1000 Mark für die Ermittlung der Täter ausgesetzt.

Hengsen, 20. April. **3 Räuber** trieben in der Nacht vom 16. zum 17. ds. Mts. an der Braukstraße hier ihr Unwesen. Mit Revolvern bewaffnet drangen sie in das Haus des Kötters K. E. ein und eigneten sich unter Drohung mit Revolvern eine nicht geringe Summe Geldes, 2 Schinken und andere Gold- und Silbersachen an.

Herne, 20. April. **(Drei Knappen verunglückt.)** Bei der Abgabe von Sprengschüssen wurden, wie der „Herner Anzeiger" berichtet, auf der Zeche „Recklinghausen 1" der Bergmann Heinrich Möller getötet. Der Steiger Simon Scholl und der Bergmann Hermann Künnecke wurden lebensgefährlich verletzt.

Essen, 20. April. **(Kriegsgericht.)** Gestern standen abermals zwei Aufrührer vor dem außerordentlichen Kriegsgericht. Es sind die Mitglieder der revolutionären Sicherheitswehr Albert Patzer und Arnold Marten. Die Angeklagten haben sich an den schweren Kämpfen um die Stadt Essen am 19. und 20. März und vor allen Dingen an den furchtbaren Metzeleien am Wasserturm, am Schlacht- und Viehhof und am Hauptpostamt beteiligt. In den letzten Revolutionstagen drangen sie nachts in Privathäuser ein, um mit dem Revolver in der Hand Gelder zu erpressen. Einer der Angeklagten raubte außerdem einen gefangenen Sicherheitswehrmann, den er nach Gelsenkirchen zu transportieren hatte, aus und ließ sich mit ganzen Trupps anderer Spartakisten bei der Firma Overbeck u. Weller von Kopf bis zu Fuß neu einkleiden. Der Vertreter der Anklage beantragte für beide die Todesstrafe. Das Urteil lautete mit Rücksicht auf ihre bisherige Unbescholtenheit auf 12 Jahre Zuchthaus. Für verbotenes Waffentragen wurde auf 1 Jahr Zuchthaus erkannt.

(W) **Aachen**, 19. April. **(Unter der Fremdherrschaft.)** Die interalliierte Rheinlandkommission verbietet zur Sicherheit der Besatzungstruppen und wegen angeblicher Ausschreitungen gegen die Besatzungstruppen am 17. 4. die Abhaltung von Versammlungen politischer und sonstiger Natur bis zum 17. 5. und Ansammlungen von mehr als 5 Personen. Oeffentliche Lokale, Theater usw. sind während einer Woche des Abends um 9 Uhr zu schließen.

Zur Räumung des rechtsrheinischen Gebietes.

(TU) **Frankfurt a. M.**, 20. April. Die farbigen Besatzungstruppen sind — wie bereits angekündigt — gestern aus Frankfurt zurückgezogen worden. Nach einer Meldung aus Mainz haben Truppenbewegungen verschiedenster Art Ende voriger Woche dem Stadtbilde ein militärisches Gepräge gegeben. Lange Züge von Kraftwagen, teilweise mit Mannschaften besetzt, Kavallerie, in kleineren Trupps auch Infanterie und Trupps von Radfahrerabteilungen verließen das rechtsrheinische Gebiet. Die Truppenbewegungen lassen darauf schließen, daß im Brückenkopfgebiet zahlreiche Truppenkörper fast gänzlich entbehrlich werden.

Wahrscheinliche Freilassung Kapps.

(TU) **Stockholm**, 20. April. Kapp ist noch immer in Untersuchungshaft, hat aber jetzt größere Bewegungsfreiheit erlangt. Eine Aeußerung des Staatsministers Branting deutet darauf hin, daß Kapp wahrscheinlich freigelassen wird. Auf eine Anfrage äußerte sich Branting dahin, daß das Asylrecht hier aufrecht erhalten werde, auch wenn es sich um einen so unsympathischen politischen Verbrecher wie Kapp handle.

Die Begründung des Austritts aus der deutsch-nationalen Partei.

Von den führenden Mitgliedern der deutschnationalen Partei sind die Abgeordneten von Kardorff, v. Dewitz und Dr. Otto Arendt bekanntlich vor kurzem aus dieser ausgetreten. Sie begründen ihren Austritt jetzt durch folgende Erklärung: Wir stehen vorbehaltlos nicht nur in formeller Hinsicht, sondern auch dem Geiste nach auf verfassungsmäßigem Boden. Eine Aenderung der Verfassung darf nur auf gesetzmäßigem Wege erfolgen. Wir verurteilen jeden Versuch einer gewaltsamen Aenderung der Verfassung aufs Schärfste. Wir streben eine Versöhnung aller Volksklassen an, die sich nicht auf dem Boden grundsätzlicher Opposition, sondern nur durch Zusammenwirken aller Parteien und Berufsstände erreichen läßt, denen der Wiederaufbau des Vaterlandes am Herzen liegt. Wir treten ein für eine Verwirklichung der von dem Abgeordneten Stresemann ausgesprochenen, aber von dem Grafen Westarp in der „Kreuzzeitung" abgelehnten Möglichkeit eines Zusammengehens auch mit den Mehrheitssozialisten, sofern sich diese streng in verfassungsmäßigen Bahnen bewegen und zugunsten einer Volksversöhnung von ihrer Machtstellung mit Mäßigung Gebrauch machen. Wir verschließen uns dabei nicht des Eindrucks, daß einzelne Mehrheitssozialisten, wie Noske, in der Zeit des Umsturzes zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung in einsichtiger Zurückhaltung parteipolitischer Wünsche dem Vaterlande wesentliche Dienste geleistet haben. Wir halten dafür, daß nicht staatliche Sozialisierung, sondern eine neuzeitliche Regelung der Verhältnisse zwischen den Unternehmern eines Betriebes sowie den Angestellten und Arbeitern mit dem Ziel einer ausgesprochenen Interessengemeinschaft zu erfolgen hat. Das Werden einer einheitlichen Volksgemeinschaft ist für die Wiedergesundung des zusammengebrochenen Vaterlandes unerläßlich. Die erste Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles ist das Zusammenwirken auf mittlerer Linie, das uns besonders am Herzen liegt.

*

— **Das Volksgericht** in München verurteilte die Mitglieder des sogenannten revolutionären Hochschulrats, vier Studenten und eine Studentin, die während der Münchener Räteherrschaft die Universität schlossen und die Professoren und Beamten für abgesetzt erklärten, wegen Vorschubs zum Hochverrat zu Festungsstrafen von 1¼ bis 1½ Jahren. Sämtlichen Verurteilten wurde eine Bewährungsfrist zugebilligt.

— **(Ernste Streiklage in Turin.)** In Turin hat sich infolge des Generalstreiks die Lage seit Sonnabend abend erheblich verschärft. In vielen Straßen wurden Barrikaden zur Verhinderung des Verkehrs aufgerichtet. Gegen ein großes Artillerielager warf man zwei Bomben, wodurch die Mauern zertrümmert und große Verwüstungen angerichtet wurden.

— **Ein Granatendepot explodiert.** In dem belgischen Grenzort Aubange ist ein Granatendepot in die Luft geflogen, wobei 7 Mann getötet wurden.

*

Kleine Nachrichten.

Wie die Blätter melden, richtete der Vorsitzende der deutsch-demokratischen Partei, Dr. Friedberg, an den 2. Vorsitzenden, Dr. Petersen, ein Schreiben, worin er mitteilt, daß er aus Gesundheitsrücksichten genötigt sei, sein Amt als Vorsitzender der Partei niederzulegen.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 21. April. **Die Reichsvereinigung ehemal. Kriegsgefangener, Ortsgruppe Kamen**, beging am Sonntag das 1. Wohltätigkeitsfest. Trotz des schönen Wetters war der große Reinhardsche Saal bis auf den letzten Platz besetzt, ein Zeichen, daß die ehemaligen Kriegsgefangenen bei den Einwohnern von Kamen noch nicht vergessen sind. Die Begrüßungsansprache hielt der 1. Vorsitzende des Vereins, Herr Postassistent Lange. Er begrüßte die Gäste und dankte im Namen des Vereins besonders den Mitwirkenden, die sich in uneigennütziger Weise für den Abend zur Verfügung gestellt. Nicht ein klingendes Fest mit Tanz, sondern eine ernste, würdige Feier wollte der Verein begehen, da ja noch immer eine Anzahl Kameraden in der Gefangenschaft schmachten. Denen zu helfen und sie zu unterstützen ist der Zweck des Vereins. Nicht aus Vereinsmeierei, sondern im Interesse eines jeden Kriegsgefangenen hat sich der Verein gebildet. Gibt es doch noch so manches, wo der einzelne nichts erreichen würde, aber der großen Masse es gelingt. Nicht mit Worten, sondern mit Taten muß ihnen geholfen werden. Der Redner brachte hier die Kriegsschreibstube, jetzige Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle in Erinnerung, wo jegliche Gabe mit Dank entgegengenommen wird, und gedachte der Herren Rektor a. D. Siegler und Lehrer Richter für ihre jahrelange unermüdliche Arbeit für die im Felde Stehenden, insbesondere aber für die Kriegsgefangenen. Er sprach den Herren seinen innigsten Dank aus. Mit einem Gedenkwort an die Gefangenen in Frankreich und Rußland schloß der Redner mit der Hoffnung, daß auch ihnen bald der Frühling erblühe. Die Prologe, vorgetragen von Fräulein Elisabeth Jacobi und Fräulein Maria Becker, ernteten reichen Beifall. Der Männergesangverein Auguste Viktoria sowie die Sängervereinigung brachten den Zuhörern außergewöhnliche Sangesgaben. Ebenso erhielten Fräulein L. Jacobi, Herr Burgdorf und Herr Walter durch ihre Gesangssolis sowie Herr Schneidersmann mit seinen Klaviervorträgen starken Beifall. Im Verlaufe des Abends hielt Herr Rektor a. D. Siegler eine Ansprache. Er berichtete in kurzen Zügen über die Tätigkeit der Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle. Es befinden sich noch ungefähr 90 Kameraden aus dem Bezirk Kamen in Gefangenschaft, davon 32 in Rußland; jedoch könnten unter diesen vielleicht einige Säumige sein, die schon längst wieder daheim seien, sich aber noch nicht auf der Heimkehrstelle gemeldet hätten. Er forderte deshalb alle Säumigen sowie die Personen, die näheres in dieser Frage wissen, auf, dies unverzüglich bei der Heimkehrstelle zu melden, da jetzt unbedingt die Nachforschungen nach den noch fehlenden Gefangenen geschehen müssen. Dann erinnerte Herr Siegler noch besonders an die Sammelstelle für die noch nicht erlösten Gefangenen. Er richtete besonders sein Wort an die ehemaligen Gefangenen, die das Leid am eigenen Körper erfahren hätten. Sie möchten jetzt nicht den Gedanken aufkommen lassen, da sie erlöst seien, gehen einem die anderen Kameraden nichts mehr an, nein, jetzt erst müsse man durch energisches Arbeiten und Zusammenhalten den Kameraden zeigen, daß man sie nicht vergessen habe und alles daran setzen, sie so schnell wie möglich zu erlösen. Nicht nur mit Worten, auch durch Taten solle ein Jeder helfen. Während der Pausen spielte die bekannte Malwaldsche Kapelle muntere und ernste Weisen. Auch an dieser Stelle möchten wir nochmals allen mitwirkenden Damen und Herren unseren Dank aussprechen.

Kamen, 21. April. **Der Sauerländische Gebirgsverein**, Abteilung Kamen, hielt am Samstag abend seine Monatsversammlung ab, welche sehr zahlreich besucht war. Der 1. Vorsitzende Herr Rittenbruch eröffnete die Versammlung. Da die Bezirksleitung am Samstag nachmittag den Mitgliedern des Bezirkes die Sehenswürdigkeiten von Soest durch Fachleute bieten will, war der Verein gezwungen, schon Samstag abend seine Versammlung abzuhalten, um über die Teilnahme zu beraten. Die Mitglieder, die sich an der Tour beteiligen wollen, werden gebeten, sich bis spätestens Mittwoch abend bei dem 1. Vorsitzenden Herrn Rittenbruch (Bahnhofstraße) zu melden. Um rechtzeitig in Soest zu sein, ist es notwendig, die ½2 Uhr nachmittags fahrende Elektrische nach Königsborn zu benutzen. Abfahrt Bahnhof Königsborn 2 Uhr. Nach der Besichtigung der Sehenswürdigkeiten von Soest findet ein gemeinschaftliches Abendessen statt, anschließend gemütliches Beisammensein. Sonntag morgens 6 Uhr beginnt eine Wanderung durch den Arnsberger Wald. Rückkehr ab Soest 7.30 Uhr, Ankunft 8 Uhr abends Unna. Zu der am Samstag, den 15. Mai, in Hagen stattfindenden Hauptversammlung wurden die Herren Rittenbruch und W. Friedrichs zu Delegierten gewählt. Nach Erledigung einiger Vereinssachen blieb man noch kurze Zeit in gemütlicher Unterhaltung beisammen.

Kamen, 21. April. **Der Bezirk Hamm des Westdeutschen Spielverbandes** hielt am Sonnabend, den 17. April, in Unna im Hotel Kuhnert seinen diesjährigen Bezirkstag ab. Erschienen waren 37 Vereine mit 170 Stimmen. Namens der Spielabteilung des Allg. Turnvereins Unna begrüßte der Vorsitzende derselben, Herr Rechtsanwalt Schnepper, die anwesenden Vereinsvertreter. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die sportlichen Bestrebungen mit zur Gesundung unseres geliebten deutschen Vaterlandes beitragen möchten. Nach Entlastung des alten Ausschusses wurde die Neuwahl vorgenommen, die folgendes Ergebnis zeigte: Zum Obmann des Bezirks wurde Herr Köster vom Hammer Spielverein wiedergewählt, ebenso der 1. Beisitzer, Herr Buchholz, vom Sportverein „Borussia" Lippstadt. Ferner wurden zu Beisitzern mit großer Mehrheit gewählt die Herren Kellermann vom Turnverein Unna, Lethaus, Verein für Jugendpflege Paderborn und Pietschen, Turn- und Sportverein Hamm 59/03. Der Antrag auf Teilung des Bezirks, der der stärkste und räumlich ausgedehnteste des Westfälischen Kreises ist, rief eine lebhafte Debatte hervor. Man kam zu dem Entschluß, eine Teilung des Bezirks beim Verbands-Vorstand zu beantragen. Die Teilung soll so vorgenommen werden, daß die Städte Soest, Lippstadt, Paderborn mit den umliegenden Ortschaften einen neuen Bezirk „Hellweg" bilden sollen. Der Bezirk „Hamm" soll dann noch die Städte Hamm, Unna, Kamen, Ahlen, Oelde, Werl mit den angrenzenden Gemeinden umfassen. Nachdem noch verschiedene andere Anträge erledigt waren, wurde der Bezirkstag vom Obmann geschlossen. Der Kreistag des Westfälischen Kreises findet am 2. Mai in Hamm statt.

Sport.

Kamen, 21. April. Sportverein Kamen von 1913 (e. V.), 1. Mannschaft — Spielvereinigung Kamen, 1. Mannschaft 3:3. Am vergangenen Sonntag trafen sich, wie uns berichtet wird, vorstehende Mannschaften auf dem Sportplatz „Schützenhof" im Gesellschaftsspiel. Sportverein mit drei Ersatzspielern, Spielvereinigung in bester Aufstellung, verstärkt durch fünf Spieler des Ballspielvereins Heeren-Werve, die in den letzten Tagen der Spielvereinigung beigetreten sein sollen. Es steht also fest, daß die Heerener Spieler dem hiesigen Sportverein eine große Anhänglichkeit entgegenbringen, denn auch schon bei dem letzten Spiele der beiden Kamener Vereine im vorigen Jahre wirkten einige dieser Spieler für die Spielvereinigung mit, allerdings nur das eine Spiel gegen den Sportverein. Die nächsten Spiele trugen sie wieder für die Heerener Farben aus. Mithin scheint sich der Sportverein einer großen Beliebtheit und Anhänglichkeit bei diesen Herren zu erfreuen. Das Spiel selbst wurde, wie vorauszusehen war, scharf durchgeführt. Sportverein geht bald durch einen Prachtschuß seines Mittelläufers in Führung; kurz darauf gleicht die Spielvereinigung infolge eines Mißverständnisses der Sportvereins Verteidigung aus und kann bis zur Pause noch ein Tor buchen. Nach Halbzeit kann Sportverein zwei weitere schöne Tore erzielen; Spielvereinigung kann durch einen zweifelhaften Elfmeterball — eine harte Entscheidung des sonst guten Schiedsrichters — den Ausgleich erzwingen. Sportvereins Mannschaft war fast während des ganzen Spieles überlegen, vor allem war sie technisch besser, während Spielvereinigung die eifrigere Mannschaft stellte. Ein Resultat von 3:1 oder 4:2 Toren für Sportverein hätte dem Spielverlauf besser entsprochen. Sportvereins Ueberlegenheit ist am besten zu ersehen aus der großen Zahl der Eckbälle und Abstöße, die die Mannschaft erzwang gegenüber der geringen Anzahl, die der Gegner aufzuweisen hatte. Auch brauchte Sportvereins Torwart nur sehr selten einzugreifen, während der gegnerische Torhüter dauernd in Beschäftigung war. Herrn Maaß vom Ballspielverein Heeren-Werve, der in liebenswürdiger Weise für den ausgebliebenen Schiedsrichter einsprang, sei auch an dieser Stelle für die mustergültige und einwandfreie Leitung gedankt. — Vor diesem Spiele trafen sich die zweiten Mannschaften der beiden Vereine gegenüber. Sportverein gewann mit 3:2 Toren, trotzdem die Mannschaft fast die ganze zweite Hälfte mit 10 Mann durchhalten mußte. — Bei den früheren Spielen, die bisher auf dem Schützenhof geliefert wurden, waren wohl einige rüpelhafte Burschen unter den Zuschauern — allerdings nicht auf dem Platze, sondern außerhalb desselben — durch Lärmen aufgefallen, das auf dem Sportplatz anwesende Publikum betrug sich jedoch stets tadellos. Um so mehr befremdete es dieses Mal, daß tatsächlich sehr viele erwachsene Leute jeden Erfolg und jede bessere Leistung der Sportvereins-Mannschaft mit „Pfui"-Rufen, dagegen jeden Tritt der Spielvereinigung-Mannschaft, gleichviel ob gut oder schlecht, mit Händeklatschen begrüßten. Jeder rechtlich denkende Mensch wird sich schnell ein Urteil über solche „Sportsleute" gebildet haben. Sollte es denn wirklich beim Spiel zwischen Ortsgegnern nicht anders möglich sein?

Konzert, Theater rc.

Methler, 21. April. **(Kirchenkonzert.)** Am nächsten Sonntag veranstaltet der blinde Organist an der Pauluskirche in Dortmund, Herr Otto Heinermann in hiesiger Kirche unter Mitwirkung von Frau Schimmel-Schwarting und Frau Dr. Schmidt, ein großes Kirchenkonzert, auf das wir an dieser Stelle hinweisen möchten. Da Herr Heinermann trotz seiner Blindheit einer der feinfühligsten und bedeutendsten Organisten ist, dürfte seine Kunst allgemein bewundert werden. Ein Besuch des Kirchenkonzerts wird daher jeden reichlich entlohnen und sei deshalb warm empfohlen.

Auf nach Karl Nagel
Ostentor!

Am **Donnerstag, den 22. April 1920, Kirmestag,** finden im Saale des Herrn Karl Nagel, Oststraße

Große Varietee-Vorstellungen

statt. a1494

1. Der Rattenfänger von Hameln mit 60 Ratten. 2. Gustel Müller, der Mann mit 100 Köpfen. 3. Die zwei kleinen Lieblinge. 4. Anton und Rosa, die singenden und tanzenden Hunde. 5. **Gustav Patzelt,** der Urkomische. Afrany ? ? ?

Außerdem gelangen erstklassige Einakter zur Aufführung.

Anfang 4, 6 und 8 Uhr.
Einlaß ½ Stunde früher.

Tränen werden gelacht. — Kein Auge bleibt trocken. — Also auf nach Nagel!

Tanzschule



Am Dienstag, den 27. April, abends 8 Uhr, beginnt im Hausemannschen Saale ein

neuer Kursus
für Erwachsene.

Gefl. Anmeldungen Nordstraße 8 erbeten.

A. Herzog u. Sohn.



1391

Am Kirmestage 1499

großer Ball

beim Wirt Dröge (früher Goertz) Bahnhofstr.

Musik: Kapelle Maiwald.

Vieh- und Ackergeräte- etc. Verkauf
Kamen.

Wegen Verpachtung ihrer Stallungen und Einschränkung ihres landwirtschaftlichen Betriebes läßt die Firma Abh. Lifmann hier am **Freitag, den 23. d. Mts., vormittags 10 Uhr beginnend,** in ihren Stallungen am Bahnhof, früher Koppel'sche Fabrik, folgende Gegenstände durch uns öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkaufen:

1 neunjähr. br. Stute, 8 hochtragende und frischgekalbte Kühe und Rinder, 3 Kälber zur Zucht, 1 Mähmaschine mit 4 Ersatzmessern, 1 Heuwender, 1 Heuharke, 1 Ackerwagen, 1 Viehscheermaschine, 1 Schleifstein, 4 Strohschneider, 1 zweisp. Kutschgeschirr, 2 Kummetgeschirre, 16 led. Halfter, 50 Kuhdecken, 1 Kinderschlitten, 1 hölz. Regal, mehrere Leitern, 1 Anzahl Kuh- und Pferdeketten und sonstige Sachen

Das Vieh darf nur von Bewohnern des Landkreises Hamm gekauft werden. v1462

Kamen.

Reinhard, Gerdts, Aukt.

Grabdenkmäler, Kriegergedenksteine
in Granit, Marmor und Sandstein. uu
Otto Böddecker, Unna.

Elektrizität!

Zwecks Besprechung der Frage der Einführung der Elektrizität

laden wir die Mitglieder des **Vereins für Handel und Gewerbe,** der **Handwerker-Innungen,** sowie auch die nicht dieser Vereinigung angehörenden **Gewerbetreibenden,** die **Fabrikbesitzer** und **Hauseigentümer** auf 1501

Mittwoch, den 21. April, abends 8 Uhr,

in den Saale des Herrn Bergheim ein.

Verein für Handel und Gewerbe.
Handwerker-Innungs-Ausschuß.

Möbel!

Küchen und Schlafzimmer in großer Auswahl.

Weiß emaillierte Herde mit guter Vernickelung. t1399

Besichtigung meines Lagers ohne Kaufzwang.

Emil Specht, Heeren.

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 117

Bandwurm
Spul- und Madenwürmer werden schmerz- und gefahrlos in 2 Stunden entfernt. Keine Hungerkur — Prospekt gratis. — 120

Niewels Naturheilinstitut,
Dortmund, Liebfrauenstraße Nr. 20.

Kirmes 1489

Großer Ball

im Hausemannschen Saale.

Anfang 4 Uhr.

Kapelle Herzog.

Miet-Gesuche

Ruhiger, junger Mann sucht

freundl. möbliert. Zimmer

mit voller Pension.

Angebote u. Nr. 1471 an die Geschäftsstelle.

Stellen-Angebote.

Suche für meinen landwirtschl. Haushalt ein erfahrenes

Mädchen

als Stütze bei Familienanschluß und Gehalt. Zu erfr. in der Geschäftsstelle. d1436

Suche auf sofort wegen Krankheit meiner Mutter eine

Frau

oder älteres **Mädchen** zur Führung des Haushaltes (2 Personen).

Wo zu erfr. in der Geschäftsstelle. t1488

Bekanntmachung!

Meinen Patienten zur Kenntnis, daß ich wieder jeden Vormittag von 9—12 Uhr und Donnerstags auch nachmittags zu sprechen bin.

Behandle sämtliche Krankheiten mit nachweislich bestem Erfolg.

Urin mitbringen!

Carl Steinbach
prakt. Heilkundiger und Homöopath.
n1497

Landwirtschaftlicher Lokal-Verein Kamen.

Freitag, den 23. d. M., abends 7½ Uhr:

Versammlung

im Hotel Bergheim. 1495

Besprechung wichtiger Tagesfragen betr. Kartoffellieferung usw. 1495

Der Vorstand.

Ich bin am Donnerstag morgen mit



Schweinen

auf der Kirmes in Kamen. a1498

H. Vonhoff.

Zeitungsbotin 1468
für Kamen per 1. Mai gesucht. Schriftliche Meldungen an die Zentrale der **Dortmunder Zeitung, Dortmund, Karlstr. 5.**

Ordentliches, jüngeres b1464

Mädchen

für sofort **gesucht.**

Hammerstr. 193.

Zu verkaufen

Kaufe jedes Quantum ausgekämmtes

Frauenhaar

per Kilo 25—30 Mk

Damen-Salon Steinmann,
w Bahnhofstr. 56. 961



Kluke

mit 11 Rücken zu verkaufen. t1487

Sackgasse 4.



Junger 1500
Schäferhund
(rasserein) zu verkaufen.
H. Barenbrücker.

3 Gänse

1 Paar lange

Stiefel

Gehrock-Anzug

zu verkaufen. m1496

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein gebrauchter

Federwagen

mit Patentachse und ein großer und ein kleiner

Schraubstock

zu verkaufen. n1463

Nordenmauer 30.

Bekanntmachung.

Die Prüfung und Instandhaltung der Rathausuhr soll für das Etatsjahr 1920/21 neu vergeben werden. Angebote sind bis zum 26. April 1920 an das Stadtbauamt einzureichen.

Kamen, den 17. April 1920. (1491

Der Magistrat: Dr. Wiesner.

Lebensmittelverteilung Amt Unna-Kamen.

1. Auf Reichsfleischkarte 150 Gr.. Corned-Beaf, das Pfund zu 7 Mk. Auf Fleischzulagekarte wird kein Fleisch ausgegeben.

2. Auf Fettkarte und Fett-Einfuhr-Zusatzkarte je 100 Gr. Margarine.

3. Zucker an gewerbliche Betriebe kann, weil dafür zur Zeit wegen Mangel an Zufuhr keiner zur Verfügung steht, nicht ausgegeben werden.

Unna, den 19. April 1920.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Amt Pelkum.

In der Woche vom 19.—25. April 1920 werden verteilt:

100 Gr. Schmalz bezw. Margarine zum Preise von Mk. 1,60.

125 Gr. selbstgeschälte Haferflocken zum Preise von Mk. 1,—.

100 Gr. weiße Bohnen zum Preise von Mk. 0,80.

Wibbelbohnen markenfrei, das Pfd. zu Mk. 2,45.

Pelkum, den 19. April 1920.

Der k. Amtmann: gez. Friedrichs.

Nachtwächter

gesucht. m1466

Angebote an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Visitenkarten
in jeder Ausführung
liefert schnell und preiswert
Kamener Zeitung,
Weststrasse 10

Eine Partie gute **Knabenanzüge** 1474
sowie Burschen- u. Leibchenhosen
preiswert zu verkaufen.
Fritz Busshmann Kamen, Güldentröge 11.

Subin 139
Ein bewährtes Vorbeugungsmittel für Schweine gegen Lahmheit, Steifheit u. Knochenweiche ist Subin. Pr. à Paket 4 Mk. e. Niederl. in Kamen u. Bergkamen **Drogerie von H. Jacobi.**

Warnung!

Warne hiermit jeden vor Weiterverbreitung unwahrer Gerüchte, da ich sonst gerichtlich vorgehen werde. m1492

Frau
Ww. Toni Sonau.

Das, was gegen Herrn Verse ausgesagt ist, beruht auf Unwahrheit.

1493 **J. K.**

Die Nebelfrau.

Roman von Anny Wothe.

(Nachdruck verboten.)

61. Fortsetzung.

Er hielt ihren blonden Kopf an seiner Brust und er beugte sich zu ihr hernieder und küßte wieder und immer wieder ihre Lippen, ihre geschlossenen Augen, und voll jauchzender Seligkeit flüsterte er nur immer wie er:

„Mein Weib, mein geliebtes Weib!"

Da hob Undine in scheuer Zärtlichkeit die Augen zu ihm auf, und ein Lächeln spielte um ihren Mund, ein Lächeln, das ihn in einen förmlichen Rausch versetzte.

Er sah nicht die vielen Menschen, die ihn jubelnd und fragend umringten, daß er gerettet war, er hörte nicht das Läuten der Sturmglocken, das Prasseln der Feuerspritzen, das Schreien und Rufen der Menge. Er sah nur Undine. Möchte der Gorlingshof in Trümmer sinken, er hielt die eine in seiner Hand, Undine!

Mit einem Schrei aber löste sie sich plötzlich aus seinen Armen.

„Lorl und Fridrun!"

Sie stürmte von ihm fort, dem brennenden Schlosse entgegen.

Reimar vermochte kaum, ihr zu folgen.

Schauerlich wimmerten die Sturmglocken durch die Nacht, der Wind raste mit unheimlicher Macht und fachte die Flammen immer heller an, so daß ihr Schein weit hinaus auf das Meer leuchtete, über welches schwer und düster die Wolken jagten.

„Nun muß sich das Verhängnis erfüllen", sprach Ekke Thornsen, die Augen starr in die lodernden Flammen gerichtet. „Der Gorlingshof muß untergehen. Das tat mein Fluch, damals, als mir Marnar Randolt die Freundestreue brach. Ich sah die Nebelfrau in den Turm schreiten. Unheil kündet ihr Weg."

Olaf Thornsen, der sich unermüdlich an den Löscharbeiten beteiligte, schob den Alten beiseite.

„Geht zur Ruhe, hier ist kein Platz für Euch."

Da lachte Ekke Thornsen hart auf.

„Hier bin ich König", sagte er hoheitsvoll, die Hand mit dem Krückstock den Flammen entgegenhaltend, „denn, mein ist die Rache, spricht der Herr."

Dann ging er still, das Haupt gesenkt, von dannen, der Wiedingharde zu.

Unheimlich klang sein Schritt die verödete Dorfgasse entlang, die der Feuerschein hell erleuchtete.

Tjalda, die Alte, sollte das Haus rüsten. Die Tochter der Frau, die er geliebt, und des Mannes, der ihn betrogen, würde zu ihm kommen, zu ihm, Ekke Thornsen, und ihn um Obdach bitten.

Ihr Einzug in sein armseliges Haus sollte ihr gesegnet sein.

— — — — — — — — — — —

Ebbo Klas war, nachdem Undine so energisch an seiner Tür gerüttelt, zur tatkräftigen Hilfe herbeigeeilt.

Umsichtig gab er seine Befehle. Er selbst telephonierte nach der Stadt um Hilfe. Das ganze Dorf war lebendig. Alle drängten hinzu, um mit starkem Arm zu helfen. Die Wassereimer flogen von Hand zu Hand. Die Schläuche der Handspritzen waren in unausgesetzter Tätigkeit, aber bald sah Ebbo Klas die Unmöglichkeit ein, das Schloß zu retten. Schon hatte das verheerende Element den neuen Flügel des Gorlingshofes ergriffen. Ein großer Teil der Leute war angewiesen, das kostbare Silberzeug, die wertvollen Möbel und vor allem das Vieh zu retten, dessen angsthaftes Brüllen sich schauerlich in den Klang der Sturmglocken mischte.

Ein unbeschreiblicher Tumult herrschte. Sobald ihn Undine gewerkt, hatte sich Ebbo Klas überzeugt, daß Lorl in Undines Zimmer fest schlief. Das Kind schien ihm vorläufig dort am sichersten, und nachdem er die Wärterin herbegerufen und ihr auf die Seele gebunden, das Kind nicht zu verlassen, stieg ihm plötzlich der Gedanke an Fridrun auf. Wo war sie? Umsonst hatte er schon alle Zimmer, aus der die Schiffer jetzt Möbel und allerlei Geräte schleppten, durchforscht.

Die Spritzen der Stadt rasselten jetzt auf den Hof.

„Sind Menschen gefährdet?" ging die Frage von Mund zu Mund.

„Ich glaube nicht", gab Ebbo Klas zurück, denn er hatte inzwischen erfahren, daß Graf Reimar durch Undine aus dem Turm befreit war, „doch vermissen wir noch die Gräfin Fridrun Randolt."

Die Feuerwehrleute erhielten ihre Befehle.

Ebbo Klas ging noch einmal selbst auf die Suche. Das ganze Haus war von Rauch gefüllt. Da hielt er es doch für geraten, erst Lorl in Sicherheit zu bringen. Er legte das jetzt erwachende, leise wimmernde Kind in Olaf Thornsens Arme und fragte:

„In die Wiedingharde, Olaf Thornsen?"

Der sagte:

„Man zu. Die andern können nachkommen."

Dann trug er sorglich das kleine Geschöpf seinem stillen Heim zu. Die Wärterin folgte schluchzend und laut klagend.

Welch eine fürchterliche Nacht.

Jetzt aber stieg doch in Ebbo Klas eine heiße Angst empor. Wo war Fridrun? Alle Zimmer, jeden Winkel hatte er abermals durchforscht. Wo konnte sie weilen? Warum verbarg sie sich?

„Fridrun!" rief er laut. „Gräfin Fridrun!"

Der immer dichter werdende Rauch machte seine Stimme heiser. In plötzlichem Impuls riß er die Tür zu Lorls Schlafzimmer auf, in das er bis jetzt, da er es leer glaubte, noch nicht gekommen war. Da sah er beim Schein der Ampel in der dunkelsten Ecke eine weibliche Gestalt am Boden kauern.

Wirr hing ihr das braune aufgelöste Haar über das blasse Gesicht. Das lang herabfließende, schwere Kreppkleid hing zerfetzt am Boden. Die Hände waren tief in die seidenen Tapeten der Wand gekrallt und die Augen starrten ihm vor irrer Angst entgegen.

„Fridrun!" schrie Ebbo Klas entsetzt auf. „Um Gottes Willen kommen Sie. Was tun Sie hier?"

Sie sah ihn mit irrem Lächeln an.

„Ist er tot?" fragte sie neugierig. „Sagen Sie doch die Wahrheit, Sie, der Sie die Wahrheit so über alles lieben."

„Niemand ist tot. Kommen Sie doch, ich bitte Sie."

Fridrun schüttelte wehmütig den feinen Kopf.

„Ich weiß es besser", flüsterte sie geheimnisvoll. „Lorl ist tot! Ich wollte sie retten, nur Lorl! Alle anderen sollten sterben, aber Lorl ist nicht da. Lorl muß sterben! In den Flammen muß mein Kind sterben, die ich entzündet habe. Was starren Sie mich denn an? Lachen Sie doch oder weinen Sie über mich, Sie, der Sie immer so gut waren, der mich besser machen wollte, und der nicht wußte, wie schlecht ich sein konnte."

„Gräfin!" schrie Ebbo Klas voller Entsetzen. „Sie sind krank. Kommen Sie, oder ich trage Sie mit Gewalt hinaus. Wir ersticken hier fast."

„Rühren Sie mich nicht an!" rief Fridrun mit blitzenden Augen, sich wieder ganz am Boden zusammenkauernd. „Sie sollen Ihre schönen reinen Hände nicht besudeln. Hei, wie lustig das brennt. Ich höre die Flammen knistern, und er kann nicht hinaus, der mich verschmähte, der mir Steine für meine Liebe bot. Aber sie wird ihn auch nicht besitzen, diese schöne, stolze, Undine, die so mitleidig lächelt, daß ich ein Herz habe und geliebt sein will. Sie soll ihn auch nicht haben. Das Licht hielt ich empor an den Vorhang über der Ahnin Bild. Die Nebelfrau weiß es. Mit ihren glühenden Augen sah sie mich an. Hui, wie die Augen brannten, und wie die Flammen emporzüngelten. Und nun wird man kommen und wird mich strafen. Mögen sie doch, ich lache, lache über sie alle!"

Ohne ein Wort zu sagen, riß Ebbo Klas jetzt die zarte Gestalt der sich Wehrenden in seine Arme.

Sie sträubte sich wild, aber mit eiserner Gewalt hielt er sie umfangen und trug sie hinaus.

(Schluß folgt.)